

Erst assoziiert, dann kolonisiert - Bundestag gibt Freibrief für Plünderung Zentralamerikas

Am 18.1. beriet der Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages über den EU-Kommissionsvorschlag zum Abschluss des Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika und die vorläufige Inkraftsetzung seines Handelsteils. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang über die Ankündigung des Entwicklungsministers Dirk Niebel debattiert, die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua erheblich einzuschränken. Gegenanträge -insbesondere von DIE LINKE und den Grünen wurden dabei abgelehnt.

Damit ist der Vorschlag der Kommission zum Abschluss des Assoziierungsabkommens und zur vorläufigen Anwendung des Handelsteils angenommen.

Als nächstes werden die beiden Vorlagen im Rat behandelt, der dann über den Beitritt der EU zum Abkommen und über die Anwendung des Handelsteils zu entscheiden hat. Es ist noch unklar, wann die entsprechende Ratssitzung sein wird. Anvisiert ist wohl Mai/Juni. Die dänische Ratspräsidentschaft hatte den Abschluss des Abkommens auf ihre Agenda für das laufende halbe Jahr genommen.

Wenn ein entsprechender Ratsbeschluss vorliegt, beginnt der Ratifizierungsprozess in den Mitgliedstaaten. Dann kommt das Abkommen noch mal in den Bundestag. Einerseits wird das Abkommen komplett (also inklusive Handelsteil) in den Mitgliedsstaaten ratifiziert, andererseits soll der Handelsteil, weil in der ausschließlichen Zuständigkeit der EU liegend, sofort (vorläufig) in Kraft gesetzt werden, noch während das Ratifizierungsverfahren läuft. Hierzu gibt es allerdings noch juristische Auseinandersetzungen, die die Aufsetzung der Vorlagen im Rat verzögern.

Die unterzeichnenden Organisationen arbeiten seit vielen Jahren mit Partnern und Selbsthilfeorganisationen aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und kleinbäuerlichen Bereich in Zentralamerika zusammen und lehnen wie diese das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen EU-Zentralamerika ab.

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Bauern-, Verbraucher- und Sozialen Organisationen aus Mittelamerika setzen wir uns für folgende Ziele ein:

Freihandel darf kein Dogma werden – Freiheit für wirtschaftliche Alternativen und Wirtschaftsformen

- keine Durchsetzung der umstrittenen Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) gegenüber den Ländern Mittelamerikas
- Schutz und Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und des lokalen Handels / der lokalen Industrie statt Verdrängung und Vertreibung durch Infrastrukturprojekte und Aufkauf von Land und Wasser durch europäische Investoren
- Verbesserung der Ernährungssicherheit und Ernährungssouveränität
- Vorrang der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Bevölkerung in Mittelamerika vor Investitions- und Eigentumsrechten
- Aktive Beteiligung, Transparenz und demokratische Kontrolle durch zivilgesellschaftliche soziale, gewerkschaftliche und ökologische Organisationen Zentralamerikas in einem Prüfmechanismus, der insbesondere die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Ernährungs- und Gesundheitssituation untersucht und Reregulierungen liberalisierter Bereiche ermöglicht
- Mechanismen zur Aufhebung der existierenden sozialen, geografischen, ethnischen und wirtschaftlichen Ungleichheiten
- Keine Festlegung durch einen Vertrag, wie sich künftige Regierungs- und Wirtschaftsformen ausrichten sollen
- Vorrang von regionalen Integrationsbündnissen wie ALBA („Bolivarianischen Allianz für

die Völker unseres Amerikas“), die ihren zwischenstaatlichen Handel nicht auf Wettbewerb, sondern auf Komplementarität ausrichten und zudem mit sozialen Programmen verknüpfen; und regionale Alternativen, wie der SIECA (Zentralamerikanische Wirtschaftsintegration).

Wir haben aus diesem Anlass eine Pressemitteilung zusammen mit anderen Organisationen herausgegeben und werden unsere Kampagne www.Stop-assoziierung.de fortsetzen.

Wuppertal, München, Münster, Berlin, Heidelberg den 19.01.2012

Informationsbüro Nicaragua, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit , Christliche Initiative Romero, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Nicaragua Forum Heidelberg und weitere Gruppen in der Kampagne „Stop Assoziierung“

Weitere Informationen unter:

http://www.stop-assoziierung.de/informationen/PM-Acuerdo-de-Asociacion_17-01-2012.pdf